

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 42 | 16.10.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Lehrbuch „Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union“ wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union. Einblicke in die aktuelle Judikatur des EuGH und Testsequenzen zur Überprüfung des Erlernten runden das Lehrmaterial ab. Bei der vorliegenden vierten Auflage handelt es sich um die – bereits um die BREXIT-Änderungen aktualisierte –erweiterte Fassung des Studienbuchs.

ISBN 978-3-902883-44-5, 4. Auflage, XX und 301 Seiten, Harteinband, 45 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 111/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Kinderbetreuungsgeldgesetz** geändert wird (Entlastung für durch die COVID-19-Krise existenzgefährdete Familien, die vor Jahren einen Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld [eine Art Familienkredit] in Anspruch genommen haben)

[BGBl I 112/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Berufsausbildungsgesetz** geändert wird (Ermöglichung der Kurzarbeit mit gesetzlicher Befristung bis Ende August 2020 auch für Lehrlinge, um aufgrund der Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt durch Covid-19 auch Lehrbetriebe und damit den Erhalt von Lehrstellen zu unterstützen)

[BGBl I 113/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das 2. Bundesgesetz betreffend Begleitmaßnahmen zu COVID-19 in der Justiz (**2. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz – 2. COVID-19-JuBG**) geändert wird (Entlastung von in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Kreditneh-

mern; Verlängerung des Fälligkeitstermins der betreffenden Ansprüche des Kreditgebers auf Rückzahlung, Zins- oder Tilgungsleistungen um weitere drei Monate)

[BGBl I 114/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Umweltförderungsgesetz** geändert wird (Ankurbelung der Konjunktur durch das Ermöglichen klimafreundlicher Investitionen; Förderung von Sanierungsmaßnahmen; Vermeidung oder Verminderung von Treibhausgasemissionen)

[BGBl I 115/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gesundheitstelematikgesetz 2012** geändert wird (Optimierung des Angebots, der Akzeptanz und der Abwicklung von Kinder- und Jugendimpfungen unter Nutzung eines elektronischen Impfpasses [eImpfpass]; Stärkung der ambulanten Versorgung bei gleichzeitiger Entlastung des akutstationären Bereichs und Optimierung des Ressourceneinsatzes; Weiterentwicklung der ELGA-Infrastruktur für derartige eHealth-Anwendungen zur Sicherstellung der Zufriedenheit der Bevölkerung sowie Optimierung der Versorgungs- und Handlungsprozesse)

[BGBl II 434/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **6. C-SchulampelphasenVO** für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten erlassen sowie die **5. C-SchulampelphasenVO** für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 337 v 14.10.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/1474 der Kommission vom 13. Oktober 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 360/2012 hinsichtlich der Verlängerung ihrer Geltungsdauer und einer **befristeten Ausnahmeregelung** für **Unternehmen** in Schwierigkeiten zur Berücksichtigung der Auswirkungen der **COVID-19-Pandemie**

[ABI L 337 v 14.10.2020, 3](#)

Empfehlung (EU) 2020/1475 des Rates vom 13. Oktober 2020 für eine **koordinierte Vorgehensweise** bei der **Beschränkung der Freizügigkeit** aufgrund der **COVID-19-Pandemie**

[ABI L 338 v 15.10.2020, 4](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2020/1477 der Kommission vom 14. Oktober 2020 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr 95/93 des Rates im Hinblick auf die vorübergehende **Verlängerung außergewöhnlicher Maßnahmen** zur Bewältigung der Folgen der **COVID-19-Pandemie**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

21.09.2020, [E 2092/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen des Sudans mangels Feststellungen und Auseinandersetzung mit der Volksgruppe der Fur

21.09.2020, [E 2860/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelnde Feststellungen zur Lage im Herkunftsstaat bzw zur innerstaatlichen Fluchtalternative

21.09.2020, [E 4498/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Durchführung einer mündlichen Verhandlung** und im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** eines in Gaza geborenen Staatenlosen; kein eigenständiger Begründungswert der Ausführungen des BVwG auf Grund wörtlicher Wiedergabe der Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens und der Sachverhaltsfeststellung der Vorinstanz sowie Unterlassung einer mündlichen Verhandlung

21.09.2020, [E 4656/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** durch Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** und **Ausweisung** nach Bangladesch; Setzung wesentlicher Integrationsschritte in einer Phase, in der sich der Bf nicht seines „unsicheren Aufenthalts“ bewusst sein musste; kein Verschulden des Bf an der langen Verfahrensdauer

21.09.2020, [E 542/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine aus Nigeria stammende Mutter und ihr minderjähriges Kind; mangelnde Feststellungen zur Lage von Minderjährigen im Herkunftsstaat; mangelhafte Ermittlungen zur allfälligen Unterstützung in Nigeria durch den ebenfalls von dort stammenden Lebensgefährten; keine Auseinandersetzung mit der erneuten Schwangerschaft der Mutter

21.09.2020, [E 1663/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; widersprüchliche Begründung zum Aufenthalt außerhalb des Herkunftsstaats

21.09.2020, [E 2225/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Durchführung einer mündlichen Verhandlung** und im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** und Ausspruch der **Zulässigkeit der Abschiebung** nach China; kein Ermittlungsverfahren in entscheidungswesentlichen Punkten; keine Klärung des Sachverhalts auf Grund der Aktenlage

22.09.2020, [E 418/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** mangels Begründung der mündlich verkündeten Entscheidung betreffend die Abweisung eines Antrags eines Staatsangehörigen von Afghanistan auf **subsidiären Schutz**

22.09.2020, [E 660/2020](#)

FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Feststellung der **Zulässigkeit der Abschiebung** in den Herkunftsstaat Afghanistan mangels Berücksichtigung von aktuelleren Länderberichten des EASO

22.09.2020, [E 1453/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Durchführung einer mündlichen Verhandlung** und im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des Antrags eines somalischen Staatsangehörigen auf **internationalen Schutz**; reine Plausibilitäts- anstelle einer Rechtmäßigkeitsprüfung hinsichtlich des Asylstatus durch floskelhafte Passagen ohne Begründungswert, Verweis auf die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens sowie mangelhafte Länderfeststellungen; mündliche Verhandlung zur Klärung des Sachverhalts notwendig

22.09.2020, [E 1614/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch die Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend Familienmitglieder unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten; keine Länderfeststellungen zu Moldawien; mangelhafte Auseinandersetzung mit allfälliger Trennung der Familienmitglieder

30.09.2020, [G 144/2020 ua](#)

LuftfahrtbegünstigungsVO; Zurückweisung des Individualantrags auf **Aufhebung von Steuerbefreiungen für die Personenbeförderung mit Luftfahrzeugen** im UStG und MineralölsteuerG sowie auf Aufhebung der LuftfahrtbegünstigungsVO („**Klimaklage**“); kein Eingriff in die Rechtssphäre der Antragsteller selbst bei Überwälzung der den Unternehmer treffenden Abgabenlast (zur Entrichtung der Umsatzsteuer für grenzüberschreitende Beförderungsleistungen mit der Bahn) auf die Verbraucher

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 26.06.2020, [W270 2211483-1](#)

UVP-G; kein **Entlohnungsanspruch** bei einer Beziehung eines, im Vollzugsbereich des Landes, dessen Entscheidung zur Überprüfung ansteht, tätigen **Amtssachverständigen** gem § 40 Abs 6 UVP-G für diese Gebietskörperschaft

LVwG Sbg 30.07.2020, [405-3/672/1/11-2020](#)

Sbg RaumordnungsG; für die Annahme eines „**Hausverbands**“ iSd § 5 Z 10 Sbg RaumordnungsG ist ein räumliches Naheverhältnis mit funktionalem Zusammenhang zwischen Wohnhaus des Privatzimmervermieters und dem für die Ausübung der häuslichen Nebenbeschäftigung (Privatzimmervermietung) vorgesehenen Objekts ausreichend; die räumliche Nähe gewährleistet, dass die Ausübung der häuslichen Nebenbeschäftigung mit dem Wohnen verbunden ist; Objektidentität ist für die Annahme des „Hausverbands“ hingegen nicht erforderlich

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[14.10.2020, Rs C-681/18, KG \(Missions successives dans le cadre du travail intérimaire\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2008/104/EG – **Leiharbeit** – Art 5 Abs 5 – Gleichbehandlung – **Erforderliche Maßnahmen**, um einen missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit zu verhindern – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, aufeinanderfolgende Überlassungen zu verhindern – Keine Beschränkungen in der nationalen Regelung – Erfordernis einer **unionsrechtskonformen Auslegung**

[14.10.2020, Rs C-443/19, Sappi Austria Produktion und Wasserverband « Region Gratkorn-Gratwein »](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste – Richtlinie 2002/20/EG – Art 13 – Entgelt für Nutzungsrechte für Funkfrequenzen – Nationale Branchenregelung, nach der für die **Reservierung öffentlicher Funkfrequenzen** eine **Gebühr** erhoben wird – Nationale Regelung, nach der auf die Erteilung verwaltungsrechtlicher Konzessionen an im öffentlichen Eigentum stehenden Gütern eine **Steuer auf vermögensrechtliche Übertragungen** erhoben wird

14.10.2020, Rs C-677/19, *Valoris*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grundsätze des Unionsrechts – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität – Erstattung der von einem Mitgliedstaat unter Verstoß gegen das Unionsrecht erhobenen **Steuern** – **Frist** für die Einreichung von Anträgen auf **Erstattung dieser Steuern** – Fehlen einer vergleichbaren Frist für die Erstattung von Beträgen, die dieser Mitgliedstaat unter Verstoß gegen das nationale Recht vereinnahmt hat

15.10.2020, Rs C-778/18, *Association française des usagers de banques*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Zahlungsdienste im Binnenmarkt – Richtlinie 2007/64/EG – Art 45 – Richtlinie (EU) 2015/2366 – Art 55 – Kündigung eines Rahmenvertrags – Richtlinie 2014/17/EU – **Wohnimmobilienkreditverträge** für Verbraucher – Art 12 Abs 1, Abs 2 Buchst a und Abs 3 – Kopplungsgeschäfte – Bündelungsgeschäfte – Richtlinie 2014/92/EU – Zahlungskonten – Art 9 bis 14 – **Kontowechsel** – Pflicht, als Gegenleistung für einen individuellen Vorteil seine Einkünfte für einen im Kreditvertrag festgelegten Zeitraum per Dauerauftrag auf ein Zahlungskonto beim Kreditgeber fließen zu lassen – Dauer der Pflicht – Verlust des individuellen Vorteils bei vorzeitiger Auflösung des Kontos

15.10.2020, Rs C-117/19, *Linas Agro*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – Durchführungsverordnung (EU) Nr 999/2014 – Endgültiger **Antidumpingzoll** auf die Einfuhren fester Düngemittel mit einem Gehalt an Ammoniumnitrat von mehr als 80 GHT – Definition – Verordnung (EG) Nr 945/2005 – Bestimmung des Gehalts an **Ammoniumnitrat** – Vermutung, dass eine Ware mit einem Gehalt an Stickstoff von mehr als 28 GHT einen Gehalt an Ammoniumnitrat von mehr als 80 GHT aufweist

15.10.2020, Rs C-335/19, *E. (TVA – Réduction de la base d'imposition)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 90 – Verminderung der **Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage** – Vollständige oder teilweise Nichtbezahlung des Preises – **Bedingungen**, die von einer **nationalen Regelung** für die Ausübung des Rechts auf Verminderung vorgeschrieben sind – Bedingung, dass sich der Schuldner nicht in einem Insolvenz- oder Liquidationsverfahren befindet – Bedingung, dass der Gläubiger und der Schuldner mehrwertsteuerpflichtig sind

15.10.2020, Rs C-543/19, *Jebsen & Jessen*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 78 – Art 236 Abs 1 – Einfuhrverfahren – Überprüfung der Zollanmeldung – Handelspolitik – **Antidumping** – Durchführungsverordnung (EU) 2015/82 – Endgültiger Antidumpingzoll – **Preisverpflichtungen** – Befreiung – Art 2 Abs 1 – Voraussetzung der Vorlage einer Verpflichtungsrechnung – Fehlende Nennung einer im Anhang der Durchführungsverordnung 2015/82 aufgeführten Angabe

B. SCHLUSSANTRÄGE

14.10.2020, Rs C-469/19, *All in One Star (GA Szpunar)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Niederlassungsfreiheit** – Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die eine Zweigniederlassung in einem anderen Mitgliedstaat errichten möchte – **Eintragung in das Handelsregister** – Regelung des Aufnahmemitgliedstaats, nach der die Höhe des Stammkapitals oder eines vergleichbaren Kapitalwerts anzugeben ist und der Geschäftsführer bestimmte Erklärungen abzugeben hat

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

13.10.2020, Beschwerde Nr [81114/17](#) ua, *Ádám u.a / Rumänien GK*

Verletzung von Art 1 7. ZPEMRK (Verfahrensgarantien im Zusammenhang mit der Ausweisung von Ausländern); Verfahren, in dessen Folge pakistanische **keine Verletzung** von Art 1 12. ZPEMRK (allgemeines Diskriminierungsverbot); Beschwerde von Angehörigen der ungarischen Minderheit (Bf) bei **Ablegung von Schulabschlussprüfungen**; Bf mussten **mehr Prüfungen** (zwei ungarische Prüfungen) ablegen als Rumänen über gleiche Anzahl von Tagen; Prüfungen für Bf als Nicht-Muttersprachler zudem schwieriger; Gerichtshof stellte die Bedeutung für Angehörige einer Minderheit, die Amtssprache des Staates zu lernen sowie die Notwendigkeit, die Beherrschung im Abitur zu beurteilen nicht in Frage; Ermessensspielraum der Staaten, welche Fächer und in welcher Reihenfolge geprüft werden; die zusätzlichen Prüfungen sind Ergebnis ihrer eigenen Entscheidung (Studium in Muttersprache); keine Verletzung der Rechte der Bf durch Inhalt des Lehrplans oder zeitliche Planung der Prüfungen

15.10.2020, Beschwerde Nr [80982/12](#), *Muhammad und Muhammad / Rumänien GK*

Verletzung von Art 1 7. ZPEMRK (Verfahrensgarantien im Zusammenhang mit der Ausweisung von Ausländern); Verfahren, in dessen Folge pakistanische Staatsangehörige, die sich rechtmäßig in Rumänien aufhielten, für unerwünscht erklärt und abgeschoben wurden (Bf); Bf erhielten **nur allgemeine Informationen über rechtliche Charakterisierung** der erhobenen **Vorwürfe**; keine Ersichtlichkeit ihrer spezifischen Handlungen, die angeblich die nationale Sicherheit gefährdeten, aus den Akten; keine Informationen über wichtigste Etappen des Verfahrens oder Möglichkeit des Zugangs zu Verschlussdokumenten; Beschränkung der Rechte der Bf wurde in innerstaatlichen Verfahren nicht so ausgeglichen, dass der eigentliche Kern der Rechte gewahrt worden wäre

15.10.2020, Beschwerde Nr [40495/15](#) ua, *Akbay ua / Deutschland*

Verletzung von Art 6 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); Beschwerde wegen Verurteilung des bereits verstorbenen Ehemannes der ersten Bf, sowie des zweiten und dritten Bf wegen **Drogenschmuggels**, zu welchen sie **von Polizei angestiftet** wurden; Ehemann der ersten Bf und der zweite Bf organisierten Einfuhr der Drogen über Hafentarbeiter, welcher in Wirklichkeit ein verdeckter Polizist war; der dritte Bf wurde für Transport der Drogen angeworben; **Nichtausschluss von Beweisen im Zusammenhang mit der indirekten polizeilichen Anstiftung zur Begehung von Drogendelikten**; Versäumnis der innerstaatlichen Gerichte, die notwendigen Schlussfolgerungen aus Feststellung zu ziehen, dass Erst- und Zweit-Bf zur Begehung einer Straftat angestiftet wurden; jedoch keine Frage in Bezug auf dritten Bf, dessen Tätigkeit nicht durch das Verhalten der Polizei bestimmt wurde

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Nina Felbinger-Forster, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.